

Wien, Freitag, den 28. Jänner 1927.

Nationalrat Volkert - Obmann des Fortbildungsschulrates. Durch das Ableben des langjährigen und verdienstvollen Obmannes des Fortbildungsschulrates für Wien Nationalrat Laurenz Widholz musste diese Funktion neu besetzt werden. Die kürzlich abgehaltene Vollversammlung des Fortbildungsschulrates hat den Nationalrat Karl Volkert zum Obmann gewählt. Abgeordneter Volkert ist auch Mitglied des Stadtschulrates für Wien.

Abschluss der Rattenkampftage. Heute endet der zweite Rattenkampftag und ist damit die erste organisierte behördliche Aktion zur Vertilgung der Ratten abgeschlossen. Der Magistrat macht ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die übriggebliebenen Giftköder sofort zu verbrennen sind. Die vergifteten Ratten werden durch den städtischen Fuhrwerksbetrieb eingesammelt und verbrannt. In einigen Tagen dürfte sich das Ergebnis der beiden ersten Rattenkampftage bereits übersehen lassen und wird darüber ausführlich berichtet werden. Dis mit der Durchführung der Rattenkampftage betrauten Abteilungen des Wiener Magistrates, insbesondere das städtische Gesundheitsamt stellen fest, dass nach anfänglichen Schwierigkeiten doch schliesslich die in Betracht kommenden Kreise volles Verständnis für diese wichtige Aktion bekundet haben. Insbesondere der vorbildlichen Leistung der Wiener Presse, die in den letzten Wochen wiederholt in eindringlicher Weise die Bevölkerung auf den Nutzen und die Wichtigkeit der Rattenkampftage aufmerksam gemacht hat, gebührt Dank und Anerkennung. Es ist zu hoffen, dass auch die voraussichtlich im März stattfindenden Rattenkampftage das gleiche Verständnis finden werden.

Grosse Holz- und Kohlenspende. Bürgermeister Seitz teilte heute in der Gemeinderatssitzung mit, dass die Wiener Holz- und Kohlenverkaufsgesellschaft "Wihoko" für Fürsorgezwecke 35 Waggons Kohle und 35 Waggons verkleinertes Brennholz im beiläufigen Verkaufswert von fünfzigtausend Schilling gespendet hat. Der Gemeinderat sprach der "Wihoko" den Dank aus.

Der Bahnhofrundverkehr wird abgelenkt. Vom 31. Jänner an wird der Bahnhofrundverkehr der Strassenbahn wegen Arbeiten auf dem Margaretengürtel von Mariahilfergürtel über Wallgasse - Gumpendorferstrasse - Reinprechtendorferstrasse bis Matzleinsdorfer Platz geführt. Wegen Arbeiten in der Hinteren Zollamtsstrasse wird der Bahnhofrundverkehr von der Invalidenstrasse über Wollzeile - Stubenring - Uraniastrasse zur Radetzkystrasse geführt. Die Ablenkungen gelten für beide Fahrtrichtungen und werden bis einschliesslich 5. Februar dauern.

Hauspersonal beim Magistrat anmelden! Um Anstände zu vermeiden, macht der Wiener Magistrat darauf aufmerksam, dass nach dem Gesetz über die Hauspersonalabgabe jede Veränderung in der Zahl des Hauspersonals anzumelden ist. Die Anmeldepflicht erstreckt sich auf die Vermehrung oder Verminderung der Zahl des Hauspersonals, insbesondere auf die Einstellung von männlichem Personal an Stelle von weiblichem oder umgekehrt. Wird durch eine Änderung im Stand der verwendeten Personen ein Anspruch auf Ermässigung der Abgabe oder Abgabefreiheit begründet, so ist unter Nachweis des Anspruches darum anzusuchen. Als Nachweis gilt die polizeiliche und die Abmeldung bei der Krankenkasse. Bekanntlich tritt nach dem Gesetz die vollständige Befreiung von der Hauspersonalabgabe nur dann ein, wenn im Haushalt nur eine Hilfskraft beschäftigt wird. Die Anmeldungen sind innerhalb von vierzehn Tagen nach der Veränderung bei der Magistratsabteilung 5 im Neuen Rathaus, II. Stock, Tür 31 zu erstatten.

Mich hat der Herr Bürgermeister zur Ordnung gerufen. Ich habe nur das Beispiel der Sozialdemokraten nachgeahmt, die bei weit offizielleren Handlungen durch Zwischenrufe gestört haben. Ich sehe in dem Ordnungsruf nur eine Ehrung, für die ich mich beim Herrn Bürgermeister bedanke.

Bürgermeister Seitz: Ich rufe den Herrn Gemeinderat Rummelhardt wegen der unqualifizierbaren Missachtung des Vorsitzenden und wegen seines unqualifizierbaren Verhaltens nochmals zur Ordnung.

Gemeinderat Waldsam (chr. soz.) ersucht um Aufklärung über die Entlohnung der nicht ständig Bediensteten der städtischen Leichenbestattung und ersucht schliesslich den Stadtrat Speiser, in Zukunft mit Kollektivverträgen, wenn sie abgeändert werden, zugleich auch die neuen Kollektivverträge vorzulegen.

Der Referent erwidert kurz auf die übrigen vorgebrachten Beschwerden und ladet insbesondere den Gemeinderat Waldsam ein, die Richtigkeit der Angaben des Referates zu überprüfen.

Vorsitzender Gemeinderat Scherich erklärt sodann, dass die Beratung über den Hauptvoranschlag mit dem letzten Kapitel Bilanz und Bedeckung fortgesetzt werde.

St. R. Breitner erklärt, dass Bilanz und Bedeckung nur eine Wiedergabe der Summierung der ^{acht} Verwaltungsgruppen des Budgets darstelle. Der ausgewiesene Abgang werde auf Steuereingänge überwiesen und daher eine neue Belastung der Bevölkerung vermieden. Der Referent ersucht um die Annahme.

Auf Ersuchen des Gemeinderates Kunschak unterbricht der Vorsitzende die Sitzung auf eine Viertelstunde um den Saal, dessen Luft infolge ausgestürzten Leuchtgases verdorben ist, gründlich durchlüften zu lassen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung spricht zunächst Stadtrat Zimmerl (chr. soz.). Er hält der Mehrheit vor, dass sie bei der Behandlung des Hauptvoranschlages einen dreifachen Rechtsbruch begangen habe. Der erste Verfassungsbruch bestand darin, dass der Voranschlag vier Wochen vor Beginn des neuen Verwaltungsjahres dem Stadtsenat vorzulegen ist. Diese Frist wurde nicht eingehalten, ebensowenig die Frist, wonach der Entwurf acht Tage hindurch zur allgemeinen Einsicht aufliegen soll. Wenn der Stadtsenat das Budget erledigt hat, muss eine Pause von acht Tagen eintreten. Diese Frist wurde nicht beachtet, der Stadtsenat war am Vormittag mit der Beratung fertig und schon am selben Nachmittag ist der Gemeinderat in die Behandlung des Budgets eingegangen. Der zweite Verfassungsbruch war der Ermächtigungsantrag des Bürgermeisters, der dritte die Einschränkung der Redefreiheit für die Mitglieder der Minderheit. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen als Abrahamovicz bezeichnet worden ist. Kein demokratisch fühlender Mensch wird das Vorgehen des Abrahamovicz im alten Parlament verteidigen, aber Abrahamovicz hat damals auf einen Gewaltakt der Abgeordneten die Polizei ins Haus gerufen und damit der Gewalt die Gewalt entgegengesetzt. Der Bürgermeister hingegen ist über ruhig und sachlich sprechende Gemeinderäte hergefallen und hat sie des Rechtes der freien Meinungsäußerung beraubt. Dieses Vergehen dieses Präsidiums war durch gar nichts gerechtfertigt. Man muss konstatieren, dass Bürgermeister Seitz sich als eine Art Ueberabrahamovicz, als Mussolini-Abrahamovicz aufgeführt hat. (Heiterkeit und Sehr gut! bei der Minderheit). Der Bürgermeister hat, erklärt Redner, auch mir gegenüber sein Wort nicht gehalten, denn er versprach mir, der ich verhindert war, an der Montagsitzung teilzunehmen, dass an diesem Tage nur Geschäftsordnungsstücke erledigt werden, die Beratung des Voranschlages jedoch nicht fortgesetzt werden könne, weil der Referent Siegel abwe-

send war. Trotzdem wurde noch am Montag in der Budgetdebatte fortgefahren. Man hat uns bewusst irreführt. Ich kann daher über die Art und Weise der geschäftsordnungsmässigen Behandlung des Voranschlages nur den schärfsten Protest aussprechen. Streichen Sie aus Ihrer Parteibezeichnung demokratisch, denn es ist eine Lüge.

Redner wendet sich dann der Besprechung der einzelnen Verwaltungsgruppen zu. Der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte haben ihr Gelöbnis, die Gesetze treu zu befolgen und ihre Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, nicht eingehalten, denn sie betonen bei jeder Gelegenheit, dass sie die Gemeinde im sozialistischen Geiste verwalten wollen, während sie doch ihr Gelöbnis auf die demokratische Verwaltung abgelegt haben. Einer ihrer Führer erklärte im Jahre 1911 im Gemeinderat, dass die Verwaltung die Interessen und Bedürfnisse aller Bevölkerungskreise zu erforschen und zu wahren habe. Heute aber erklären die Referenten ganz offen, dass sie sozialistische Politik machen wollen. Zu dem Kapitel Bezirksvertretungen und Fürsorgeanstalten bemerkt Redner unter Verlesung einer langen Liste von Vorschlägen der Floridsdorfer Bezirksvertretung, dass kaum ein Zehntel dieser Anträge im Budget berücksichtigt erscheinen. Die Beschlüsse, der Bezirksvertretungen, die doch zur Wahrung der Bezirksinteressen eingesetzt worden sind, werden gänzlich missachtet. Keine bessere Behandlung wird den Fürsorgegeräten zuteil. Sie die oft 25 Jahre hindurch ihr Amt treulich verwaltet haben, müssen es sich gefallen lassen, von jungen unerfahrenen Beamten kontrolliert zu werden. Die Gemeindeverwaltung übe auch keine Beamtenfürsorge für den Fall der Not. Im Budget ist für Vorschüsse an Beamte ein Betrag von zehntausend Schilling eingestellt, eine geradezu lächerliche Summe, die kaum hinreichen würde die Bedürfnisse eines mittleren Betriebes zu decken. Gehaltvorschüsse sollen auch zinsenlos gegeben werden, damit die Beamten aus der Verschuldung herauskommen, wie es jeder anständige grössere Unternehmer tut. In dieser Hinsicht ist also eine Reform dringend notwendig. Redner bemängelt, dass die Wohnbausteuer gegenüber dem Vorjahre mit drei Millionen Schilling geringer präliminiert erscheint. Das sei unverständlich, weil die Ueberprüfungen fortgesetzt werden. Auch für eine geringere Budgetierung der Fürsorgeabgabe über eine Million Schilling ist nicht recht verständlich. Bei der Besprechung der Lustbarkeitsabgabe verwarft sich Redner energisch gegen die wiederholten Angriffe der Arbeiterzeitung auf die christlichsoziale Minderheit, die als Beschützerin der Unternehmer hingestellt werde. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, dass die Steuer für die sogenannten Schieberlokale und Bars in der bisherigen Höhe aufrecht bleibt, aber wir sind entschieden dagegen, dass das ganze gesellschaftliche Leben der Stadt durch eine rücksichtslose Handhabung der Fürsorgeabgabe lahm gelegt werde. Es gibt tausende Veranstaltungen in Wien, die diese Belastung als unerträglich empfinden. Die Lustbarkeitsabgabe ist sehr reformbedürftig, das hat der Gemeinderat durch einstimmigen Beschluss bekundet. Diese Feststellungen müssen gemacht werden, weil Stadtrat Breitner am Montag in der Volkshalle vor einer Versammlung - wie es in der Verlautbarung heisst - die Wahrheit verkünden will. Von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe wird behauptet, dass nur ein Drittel aller Lokale davon betroffen sind. Das ist eine Verschleierung der Tatsachen, denn in Wirklichkeit sind alle Lokale von irgendeiner Bedeutung eingeseht. Nur die ganz kleinen Betriebe sind davon ausgenommen. Man kann also ruhig sagen, dass neun Zehntel der in Betracht kommenden Gasthäuser und Restaurants der Abgabe unterliegen. Unsere Auffassung, dass es sich um eine zweite Wareneinsatzsteuer handelt, ist also vollkommen richtig. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir kein Interesse daran haben, die Gäste der vornehmen Lokale, wie Sie fälschlich behaupten, zu schützen, wir wollen nur, dass der Mittelstand und die Arbeiterschaft von der Steuer befreit werden.

Dritter Beleg.

G.R. Zimmerl führt dann weiters aus, dass es eine unerhörte Verdrehung der Arbeiter-Zeitung ist, zu behaupten, die Christlichsozialen wollten die Fremdenzimmerabgabe ermässigt bekommen, um die Stundenhotels davon frei zu bekommen. Stadtrat Breitner ist im Finanzausschuss mit dem Antrage gekommen, den Stundenhotelbesitzern die Steuer zu ermässigen. Der Antrag ist also von Ihnen ausgegangen. Bei der Besprechung der Subventionen erklärt der Redner, dass diese Gruppe ein eklatanter Beweis für die parteipolitische Verwaltung ist. Von den Touristenvereinen werden nur die Naturfreunde subventioniert, alle anderen, der Touristenverein, der Gebirgsverein usw., die die Bahnbrecher auf dem Gebiete der Touristik waren erhalten keinen Groschen. Zum Kapitel des Bürgerspitalesfondes erklärt Gemeinderat Zimmerl, dass der Fond von der jetzigen Gemeindegemeinschaft durch wucherische Zinsen aufgesaugt wird. Er befasst sich dann mit den verschiedenen Sondervorschlägen. Er erklärt, dass von der Feuerhalle behauptet werde, dass sie sich selbst erhält. Das ist unrichtig. Bezüglich der Wohnhauspolitik erklärt der Redner, dass es ebenfalls eine Verdrehung der Arbeiter Zeitung ist, zu behaupten, die Christlichsozialen hätten die sofortige Einstellung des Wohnbauprogrammes gefordert. Glauben Sie das selbst? Wir haben Ihnen erst unlängst drei Wohnhausbauten bewilligt. Wir haben nur verlangt, die Wohnbauten nur mit der Mitteln der Wohnbausteuer zu bestreiten und haben Ihnen schliesslich auch vorgeschlagen, im Jahre 1927 nicht 118 Millionen, sondern nur 90 Millionen zu verbauen. Das Kapitel der Investitionen besprechend erklärt Gemeinderat Zimmerl, dass die Einreihung der Hausankäufe in die Subventionen unerbört ist.

St. R. Kunschak: Im nächsten Jahr werden die Hausankäufe in der Rubrik produktive Arbeitslosenfürsorge gebucht werden!

Ueber das Amalienbad sagt Gemeinderat Zimmerl, dass sich die heutige Gemeindeverwaltung mit dem Bau eine grosse Laus in den Pelz gesetzt hat. Im Jahre 1911 wurde, nach der heutigen Währung umgerechnet, um 1,700.000 Schilling, das sind 17 Milliarden, das Jüngerbad in Hernals gebaut. Damals hat der Vertreter der Opposition gefunden, dass das Bad viel zu luxuriös ausgestattet ist und hat erklärt, dass sich die Arbeiter mit Volksbädern begnügen. Es ist auch verwunderlich, sagt Gemeinderat Zimmerl, dass für das Arbeiterbad auf der Ringstrasse Reklame gemacht wird.

Der Betrag von 4000 Schilling, der für die Erhaltung der Kirchen und Kapellen eingesetzt ist, ist eine reine Frotzerei. Ebenso sind auch die Erhaltungskosten für die Denkmäler ^{viel zu} gering.

Bei Besprechung der folgenden Verwaltungsgruppen bespricht Redner die Verhältnisse im Rathauskeller, der jetzt zum Schieberlokal geworden sei. Unter der sozialdemokratischen Herrschaft ist die Tanzdielen hingekommen, die Heurigenmusik. Dem Lokale wurde der bürgerliche Charakter genommen, Arbeiter und Bürger kann es nicht mehr besuchen, denn einen schlechten teuren Wein lässt sich der Wiener von niemanden gefallen. Ein Rathauskeller kann nur geführt werden, als einfaches bürgerliches Weinhaus mit gutem preiswertem Wein oder als grosser Bierkeller. Daraus ein teures Weinrestaurant zu machen ist einer grossen Stadt unwürdig. Die Minderheit behalte sich vor einmal die Defizitwirtschaft mit dem Rathauskeller eingehend zu überprüfen. Der amführende Stadtrat Richter hat in seinem Referate die Ausführungen der Minderheitsredner als eine Gewissenlosigkeit bezeichnet. Was haben die Minderheitsredner gefordert? Dass die Schubhäftlinge menschenwürdig behandelt werden, dass der Einschränkung der freiwilligen Feuerwehren Einhalt getan werde, dass für die Volksbildung mehr Mittel zur Aufwendung gelangen, dass bei der Aufnahme in den Heimatsverband der deutsche Charakter der Stadt Wien gewahrt, dass die Wählerlisten nach objektiven Grundsätzen angelegt und dass die steno-

graphischen Protokolle des Gemeinderates wieder im Druck veröffentlicht werden. Diese Ausführungen hat Stadtrat Richter als gewissenlos bezeichnet. Mit diesem Ausspruche hat er sich selbst gerichtet, wir werden bei einer anderen Gelegenheit mit ihm Abrechnung halten.

Die Ziffern in der Verwaltungsgruppe VIII städtische Unternehmungen stellen den Gipfelpunkt der Augenauswischer dar. Die Unternehmungen sind ein ^Wertragsobjekt der Gemeinde, eine Kuh die reichlich Milch gibt. Sie zahlen an Fürsorgeabgabe 45 Milliarden an die Gemeindekasse, der Kabelzins der Elektrizitätswerke beträgt 23 Milliarden. Der Ertrag aus der Wasserkraft beträgt fünf Milliarden, die wertvermehrenden Investitionen aus ^Wetriebsmitteln hundert Milliarden, dann werden noch separate Rücklagen für Investitionen gemacht, die bei der Strassenbahn unter dem Titel der Abschreibung zwanzig Milliarden ausmachen. Bei allen Unternehmungen erübrigt man an versteckten Rücklagen fünfzig Milliarden. Dann werden bei der Verzinsung der Anleihen 150 Milliarden erspart. Insgesamt zieht die Gemeindeverwaltung also direkt und indirekt 400 Milliarden jährlich aus den städtischen Unternehmungen. Unter der christlichsozialen Verwaltung sind die Gewinne offen und ehrlich ausgewiesen worden, die gegenwärtige Verwaltung führt aber die Bevölkerung irre, indem sie den Nutzen verschleierte. Stadtrat Breitner ist ein Genie im rücksichtslosen Nehmen, ein Virtuose im Nehmen und in der Unaufrichtigkeit. Auf Grund meiner Ausführungen komme ich zu folgender Aufstellung meiner Bilanz: Die Einnahmen sind um 20 Millionen Schilling höher als ausgewiesen, die wirklichen Ausgaben um 25 Millionen Schilling geringer zu veranschlagen, es bessert sich also die Bilanz um beiläufig 45 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag. Wir haben Steuerermässigungen von 200 Milliarden verlangt, die durch eine Reform der Abgaben zu erzielen wären. Die Mehrheit hat unseren Antrag abgelehnt und uns nach hartem Ringen nur einige Konzessionen gemacht, deren Durchführung schon schwierig ist. Es ist der letzte Voranschlag, den dieser Gemeinderat verabschiedet und da erinnere ich mich an die Neujahrswünsche des Bürgermeisters am Silvestertage. Damals sagte er: Wien möge wieder im alten Glanze erstrahlen. Auf diesen Neujahrswunsch gehen wir und die ganze Bevölkerung gerne ein. Der Bürgermeister hat damit zugegeben, dass Wien eine Glanzperiode hatte, nämlich unter der Herrschaft des Dr. Karl Lueger. Wir können nur wünschen, dass die Neuwahlen im Herbst den ausgesprochenen Wünschen des Bürgermeisters aber auch der ganzen Bevölkerung Erfüllung bringen. Wien soll wieder im Glanze einer christlichsozialen Verwaltung erstrahlen. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit Gemeinderat Kepriva rief laut und kräftig, was auf den Bänken der Mehrheit lebhaftes Heiterkeit hervorruft).

G.R. Hofbauer meldet sich hierauf zur Stellung eines Antrages zum Wort. Sofort brechen die Mitglieder der Minderheit in laute Pfuirufe aus. Gemeinderat Doppler ruft: Das ist ein Skandal! Nach einem Redner wird die Debatte abgelehnt.

Der Antrag des Gemeinderates Hofbauer auf Schluss der Debatte wird unter andauernden Pfuirufen der Minderheit angenommen. Der Vorsitzende unterbricht zur Wahl von Generalredner auf fünf Minuten.

Stadtrat Kunschak führt als Generalredner pro aus: Es ist nun der Mehrheit gelungen, die Budgetdebatte zum Abschluss zu bringen. Bekanntlich hätte das Budget am 31. Dezember erledigt sein sollen. ^{Dass} dieses Budget nicht rechtzeitig verabschiedet werden konnte, dass Sie sich mit einem verfassungswidrigen Akt behelfen mussten, dafür trifft die Verantwortung die Mehrheit, die führenden Männer der Mehrheit und vor allem den Bürgermeister dieser Stadt.

Sie haben zunächst das Verschulden begangen, den Voranschlag nicht rechtzeitig vorgelegt zu haben. So wenig zeitgerecht, dass heute festgestellt werden muss, dass die Beschlussfassung über den Voranschlag einen Verfassungsbruch zu Grunde hat. Sie haben auch den Voranschlag dem Finanzausschuss nicht rechtzeitig vorgelegt. Ferner haben Sie den Entwurf nicht durch acht Tage, wie es in der Verfassung vorgesehen ist, aufgelegt. Das genügt der Opposition, die ihre Aufgabe gewissenhaft erfüllt, der Erledigung des Voranschlages den schärfsten Widerstand entgegenzubringen. Wenn Stadtrat Richter der Opposition in einer Form, die aller Kritik war, Man Vorwurf der Gewissenlosigkeit gemacht hat, so hat er bis zu einem Grade insofern Recht, dass wir es nach dieser schamlosen Verletzung der Gemeindeverfassung unterlassen haben, alle jene Mittel in Anwendung zu bringen, die uns zu Gebote gestanden wären. Sie werden es sich aber überlegen müssen, nochmals an den Bestimmungen der Verfassung so achtlos vorbeizugehen. Sie haben unser Verhalten nicht so quittieren können, wie es zu gewesen wäre. Ihre Haltung war eine unerträgliche. Während der Budgetberatungen im Finanzausschuss haben Sie alle unsere sachlich begründeten Einwendungen in den Wind geschlagen und allen unseren Anträgen die Tatsache entgegengesetzt, dass sie zwei Drittel der Mandate haben und wir nur eines. Die parlamentarischen Formen traten vor der Gewalt der Zahl durch. Auch im Stadtsenat haben Sie uns diese Behandlung angedeihen lassen und auch im Gemeinderat. Das hat dazu geführt, dass wir Ihnen beweisen mussten, dass man über die Minderheit nicht so brutal zur Tagesordnung übergehen darf.

Sie haben Ihre Haltung in den letzten Tagen des Dezembers unverkennbar geändert, als sie einigen unserer Anträge Ihre Zustimmung erteilten und eine Reihe von Anträgen der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuwies. Darauf hat unser parlamentarisches Gewissen, hat unsere unverbrüchliche Treue zur Stadt Wien reagiert, indem wir zwar gegen Ihren Dringlichkeitantrag den verfassungsmässigen Protest einlegten, aber sie nicht hinderten, diesen Beschluss zu fassen. Von dieser Stunde an, haben wir mit Ihnen über die rechtlichen Kapitel weiter verhandelt. Wir haben sachlich mit Ihnen debattiert, sachlich uns mit Ihnen über den Voranschlag auseinandergesetzt.

Was die Arbeiter Zeitung über uns geschrieben hat, von dem kann ich ruhig sagen: Die Karawane marschiert und lass die Hunde bellen!

Nach dem Antrag vom 30. Dezember hatten Sie kein materielles, sondern nur mehr ein parteipolitisches Interesse an der Erledigung des Voranschlages. Sie hatten die Erledigung des Budgets zu einer Prestigefrage Ihrer Partei gemacht. Sie haben die Demokratie in diesem Saale verleugnet und Sie haben sich damit selbst prostituiert (Beifall bei den Christlichsozialen). Wir zeigen nicht nach dem Ruin, den an anderen Orten Ihre Gesinnungsgenossen unter Wissen und Duldung des Bürgermeisters der Stadt Wien sich erworben haben. Wenn es hier in diesem Saale zu Eruptionen gekommen ist, so ist das nicht unsere Schuld gewesen. Ich verweise auf die Tatsache, dass nach Schluss einer bewegten Sitzung ein Mitglied Ihrer Partei uns gedroht hat, dass fremde Arbeiter in den Gemeinderatssaal kommen werden und uns hinauswischen.

G. Rtin. Mozsky: So ein Volksvertreter sitzt noch da!

St. R. Kunschek: Ich schliesse mich da dem Urteil an, dass der Bürgermeister über diesen Vorfall gefällt hat: Solche Dinge muss man nicht tragisch nehmen! Wir nehmen sie auch nicht tragisch, so lange sie abgestellt sind auf die Person des Herrn Gemeinderates Kohl.

Aber bei einer Partei, die auf parlamentarische Ehre etwas hält, wäre das Verbleiben eines solchen Mannes nicht länger möglich. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es möglich ist, dass es ungerügt und ungesühnt ein Mitglied des Wiener Gemeinderates, das Ihrer Partei angehört, Brauchgewalt anrufen durfte als Drohung und Einschüchterung. Sie übt auf uns nicht die geringste Wirkung aus. Wir werden unsere Pflicht so erfüllen, wie wir es gelobt haben. Auch die Verwirklichung einer solchen Drohung wird uns daran nicht hindern (Beifall bei den Christlichsozialen). Das aber so etwas hier möglich ist, das ist die grösste Prostitution, die Sie dem Gemeinderat und sich selbst angetan haben.

Sie haben Ihren Zweck erreicht. Das Budget ist erledigt. Sie haben jetzt Ihren Erfolg und werden ihn in klingende Parteimünze umsetzen. Freuen Sie sich Ihres Erfolges, wir gönnen ihn Ihnen neidlos. Wir werden beobachten, wie Sie sich mit unseren Anträgen, die in der Generaldebatte einstimmig angenommen worden sind und die auf An-

Ich stelle weiter fest, dass die vom Wiener Landtag in der Sitzung vom 23. Dezember 1926 beschlossene Abänderung der Fremdenzimmerabgabe die Herabsetzung der Steuer von 35 bis auf 25 Prozent ausschliesslich für solche Stundenhotels ermöglicht, die nachgewiesener Massen auch einen Teil ihrer Zimmer der normalen Fremdenbeherbergung dienen. Diese Ermässigung kann nur in dem Verhältnisse erfolgen, als die wirkliche Fremdenbeherbergung im Vergleiche mit dem Stundenbetrieb erfolgt. Das bedeutet also nicht die allergeringste Begünstigung des Stundenbetriebes, der nach wie vor mit 35 Prozent besteuert bleibt. Der christlichsozialen Minderheit war dies aber nicht genug. Der Gemeinderat hat über hat einen Antrag eingebracht, dass die Stundenhotels nicht nach der tatsächlich vollzogenen Fremdenbeherbergung begünstigt werden sollen, sondern dem Referenten der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen worden sind, auseinanderzusetzen werden. Wir sehen uns bei Philipp wieder ob bei der Arbeit oder beim Kampf, das mögen Sie entscheiden. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

St. R. Breitner hält nun das Schlusswort. Er sagt: Ich habe in den Jahren 1924 und 1925 auf das Schlusswort verzichtet. Heuer muss ich die mehr als überlange Budgetdebatte durch ein paar Sätze verlängern. Gemeinderat Zimmerl hat einige Stunden gesprochen, wobei es ihm aber sichtlich nur darum zu tun war, seine Partei gegen jene Anklagen zu verteidigen, die von der Arbeiter Zeitung erhoben worden sind und deren Wiederholung am Montag und in aller Zukunft er ahnungsvoll vorausieht. Demgegenüber stelle ich folgendes fest: Am 24. Jänner hat in der Volkshalle und vor dem Rathaus eine mit grösster Aufmachung angekündigte Versammlung von Wiener Gewerbetreibenden stattgefunden. Das offizielle Organ der christlichsozialen Partei hat dieser Kundgebung viele Spalten gewidmet und sie geradezu als die Stimme des Volkes von Wien bezeichnet. Vorsitzender in dieser Versammlung war der christlichsoziale Gemeinderat Ellend. Stadtrat Rummelhardt hat im Namen des Klubs der christlichsozialen Gemeinderäte diese Versammlung begrüsst. Dort wurde einstimmig eine Entschliessung gefasst und durch eine vom Gemeinderat Ellend geführte Abordnung dem Bürgermeister übermittelt. In dieser Entschliessung wird an erster Stelle wortwörtlich "die vollständige Aufhebung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe" verlangt. Von der allernächsten Ausnahme ist mit keinem Wort die Rede. Die "vollständige" Aufhebung wird gefordert. Also einschliesslich der Nachtlokale der Bars des Sachers und der feinsten Restaurants. In dieser von der christlichsozialen Partei und Presse bejubelten Versammlung ist auch einstimmig die gänzliche Einstellung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde und Fertigstellung der bereits beschlossenen und begünstigten Wohnhausbauten gefordert worden. Darüber ist durch gar keine Auslegungskünste hinweg zu kommen und darüber wird die Wiener Bevölkerung ihr Urteil fällen.

dem dass schon die Bignung und die blosse Bereitstellung in einem grösseren Umfange eine Ermässigung bewirken solle. Gemeinderat Huber verlangte eine nicht abgestufte sondern ganz allgemein geltende Ermässigung um volle zwanzig Prozent. Schon da zeigt es sich also, wer für die Stundenhotels eintritt. Die christlichsoziale Partei ist aber noch viel weiter gegangen. Der Gemeinderat Angermayer hat am 23. Dezember 1926 beantragt, dass die Fremdenzimmerabgabe mit 1. Jänner 1927 ausser Kraft gesetzt werden solle. Von irgendeiner Ausnahme für die Stundenhotels ist in diesem Antrage nichts erwähnt. Wäre dieser christlichsoziale Antrag angenommen worden, so hätten die Stundenhotels vom 1. Jänner ab gar keine Fremdenzimmersteuer mehr zu zahlen gehabt. Dass es sich dabei nicht um eine Zufälligkeit, sondern um eine festgefügte Absicht handelt, beweist unwiderleglich die folgende Tatsache. Wenige Tage, später am 29. Dezember hat Gemeinderat Zimmerl bei der Budgetberatung den Antrag auf Ausser Kraftsetzung der Fremdenzimmerabgabe wiederholt. Wieder ohne Einschränkung. (Zwischenrufe des Gemeinderates Zimmerl). Aus dieser Schlinge können Sie nicht heraus. Gemeinderat Zimmerl hat ganz ausdrücklich die Streichung der gesamten Budgetpost "Fremdenzimmerabgabe" beantragt. Also einschliesslich der Steuer der Stundenhotels. Darüber gibt es also gar keinen Zweifel, dass die christlichsoziale Partei wiederholt für die vollständige Steuerfreiheit der Stundenhotels eingetreten ist. Diese Feststellungen mögen der Minderheit unangenehm sein, aber sie entsprechen durchaus der aktenmässigen Wahrheit.

Was das Schicksal der Anträge über die Herabsetzung der Lustbarkeits-, der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, der Anzeigen-, der Wertsuwachs-, der Hauspersonal-, der Feuerversicherungsabgabe, der Fremdenzimmerabgabe einschliesslich der Stundenhotels anlangt, so hat der Herr Bürgermeister in einer sehr klaren Weise sich darüber geäussert. Von einem Eingehen auf diese Anträge, deren Annahme die schwerste Beeinträchtigung der Wohnbau- und Fürsorgetätigkeit bewirken würde, kann also ernsthaft nicht gesprochen werden. Die Minderheit konnte sich darüber keiner Täuschung hingeben und wenn sie sich doch so stellt, dann ist es nötig, den Tatbestand in zweifelloser Weise festzustellen. Die Minderheit hat die Möglichkeit gehabt, die zeitgerechte Erledigung des Voranschlags zu verzögern. Was sie aber nicht vermag, und nie zustande bringen wird, das ist, die Mehrheit von den Richtlinien ihrer Verwaltung, vor allem vom kommunalen Wohnungsbau auf breiter Grundlage auch nur um Haarsbreite abzudrängen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Laute Rufe Hoch Breitner!

G.R. Merbau: Und die Bevölkerung wird ausgeplündert! (Grosser Lärm).

Bei der Abstimmung wird das Kapitel Bilanz und Bedienung mit den Stimmen der Mehrheit angenommen und damit die Beratung des Voranschlags abgeschlossen.

Bürgermeister Seitz: Die Beratungen über den Voranschlag der Gemeinde für das Jahr 1927 sind zu Ende und es obliegt mir, allen, die an diesen Beratungen sachlich mitgearbeitet haben, herzlichst zu danken. Vor allem aber danke ich dem Finanzreferenten der Stadt Wien, dem Herrnführenden Stadtrat Breitner.

Stürmische Hochrufe und Beifall bei den Sozialdemokraten. Als ein Galeriebesucher ebenfalls applaudiert, springen die Christlichsozialen von den Bänken auf und rufen der Mehrheit und dem Bürgermeister zu:

Das sind Ihre Statisten! Es entsteht im Saal ein ungeheurer Lärm. Ein Galeriebesucher spricht einige Worte in den Saal hinunter, wird aber von den Galeriedienern sofort entfernt. Die christlichsozialen Gemeinderäte rufen: Wir lassen uns nicht bedrohen! Das sind die Arbeiter des Herrn Kohl.

Endlich gelingt es dem Bürgermeister, die Ruhe wieder herzustellen. Er ermahnt die Galerie, sich jeder Einnengung in die Verhandlungen zu enthalten. Dann fährt er fort:

Ich danke ferner jenen Frauen und Herren, die mich während der Verhandlungen im Vorsitz vertreten haben, ebenso den Mitgliedern des Stadtsenates und des Finanzausschusses.

Ich gedenke bei diesem Anlass aber auch dankbar der Beamten, die uns unterstützt haben, namentlich des Herrn Magistratsdirektors Dr. Hartl des Obermagistratsrates Dr. Neumeyer, des Direktors des Rechnungsamtes Knobloch und des Direktors des Kontrollamtes Müller. Schliesslich danke ich der Rathaukorrespondenz, die die Berichterstattung durchzuführen hatte, der Presse, den Mitgliedern des Stenografenbüros und den Beamten des Präsidialbüros für ihre Mühewaltung.

Die Sitzung ist geschlossen. Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am Dienstag, um 4 Uhr nachmittags statt.

Die Sozialdemokraten verlassen unter stürmischen Hochrufen auf Stadtrat Breitner den Saal.